

#ABimLandtag

Für Lüneburg, Ostheide und Adendorf

Plenumsausgabe 1 | Januar 2025



Moin,

herzlich willkommen zu meinem Newsletter über das Januar-Plenum!

Hier informiere ich Sie über die aktuellen Themen rund um die Plenarsitzung im Niedersächsischen Landtag.

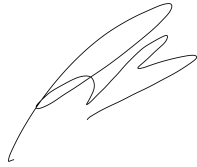
Niedersachsen steht vor großen Herausforderungen: Wohnungsnot, finanzielle Engpässe in unseren Krankenhäusern und die angespannte Lage unserer Gastronomiebetriebe - um nur ein paar der Themen zu nennen.

In diesem Newsletter erfahren Sie, wie wir uns als CDU-Fraktion für bezahlbaren Wohnraum, die finanzielle Unterstützung unserer Kliniken und die Entlastung der Gastronomie einsetzen. Zudem geht es um unsere Forderungen nach Bürokratieabbau und Investitionsförderung, um Niedersachsen wirtschaftlich zu stärken.

Lassen Sie uns gemeinsam anpacken und ein besseres Niedersachsen gestalten!

Viel Freude beim Lesen und Stöbern!

Ihre



Anna Bauseneick MdL

Das war im Plenum los

Agenda 2030



Die wirtschaftliche Lage in Niedersachsen und Deutschland ist angespannt. Prognosen zeigen, dass das Bruttoinlandsprodukt in Niedersachsen 2025 erneut um 0,1 % schrumpfen wird, während die deutsche Wirtschaft insgesamt nur ein geringes Wachstum verzeichnet. Besonders energieintensive Branchen, die Automobilindustrie und selbst große Unternehmen wie VW stehen vor erheblichen Herausforderungen. Hohe Steuern, steigende Energiekosten und zunehmende Bürokratie erschweren Investitionen, Innovationen und die Wettbewerbsfähigkeit.

Vor diesem Hintergrund fordert der Niedersächsische Landtag eine Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik. Zu den zentralen Maßnahmen gehören:

- Bürokratieabbau durch die Einführung einer „Gründerschutzzone“ und die konsequente Digitalisierung von Verwaltungsprozessen. Überprüfung und Anpassung der Förderprogramme.
- Investitionen in den Ausbau der Infrastruktur, die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren und die Förderung der Häfen. Steuerliche Entlastungen, darunter die Begrenzung der Sozialabgaben,

die Senkung der Stromsteuer und die Reduzierung der Einkommensteuer.

- Einführung einer digitalen Fachkräfteagentur sowie einer neuen Grundsicherung, die das Leistungsprinzip stärkt.

Niedersachsen hat enormes Potenzial: innovative Unternehmen, qualifizierte Fachkräfte und einen starken Mittelstand. Mit der richtigen Politik können wir den Standort nachhaltig stärken, Arbeitsplätze sichern und wieder an die Spitze aufschließen.

Antrag der CDU-Fraktion

Lücken im Bauplan der A39



Bei der Befragung des Ministerpräsidenten erkundigte sich mein Kollege Marcel Scharrelmann, wie Verkehrsvorhaben – wie beispielsweise die A39, deren Planfeststellungsbeschluss nach zwölf Jahren nun vorliegt – konkret beschleunigt werden sollen. Ministerpräsident Weil erklärte dazu, dass im Fall der A39 nun die Gerichte zuständig seien, um die Bauabschnitte zu prüfen und freizugeben. Damit entzieht er sich und seine Landesregierung der Verantwortung.

Außerdem fragte Herr Scharrelmann, wie die Differenzen zwischen SPD und Grünen in Bezug auf Infrastrukturprojekte gelöst werden können, ohne weitere Verzögerungen für Niedersachsen zu verursachen. Herr Weil verwies darauf, dass das geltende Recht in Niedersachsen von beiden Koalitionspartnern umgesetzt werde – trotz inhaltlicher Meinungsverschiedenheiten.

Insgesamt macht Ministerpräsident Weil deutlich, dass er und seine Landesregierung keine politische Verantwortung für den Bau großer Infrastrukturprojekte in Niedersachsen übernehmen.

Notruf aus den Kliniken



Die finanzielle Lage vieler Krankenhäuser in Niedersachsen ist dramatisch. Trotz der Ankündigung des Niedersächsischen Gesundheitsministers, 300 Millionen Euro bereitzustellen, fehlen konkrete Maßnahmen. Besonders kommunale Träger geraten durch hohe Defizitausgleiche an ihre finanziellen Grenzen.

Ein Beispiel ist das **Städtische Klinikum Lüneburg**, das als eines der wenigen kommunalen Krankenhäuser bislang ohne Finanzhilfe auskam. Doch 2024 wird es ohne Kredite nicht mehr möglich sein, die Kosten zu decken. Monatlich gehen sechsstelligen Beträge an Liquidität verloren, und Leistungsangebote mussten bereits reduziert werden. Ein Defizitausgleich würde zulasten anderer kommunaler Aufgaben wie Bildung und Kultur gehen. Das kürzlich beschlossene Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz (KHVVG) bringt keine Entlastung und ignoriert die inflationsbedingten Kostensteigerungen. Ohne Überbrückungshilfen drohen Klinikschließungen oder eine Überlastung der kommunalen Haushalte – mit gravierenden Folgen für die Gesundheitsversorgung.

Die CDU-Fraktion fordert daher:

- Eine Sonderzahlung des Landes in Höhe von 300 Millionen Euro zur Inflationskompensation.
- Einen schnellen, unbürokratischen Verteilungsplan.
- Entschlossenes Handeln des Bundes zur Sicherung der Krankenhauszukunft.

Das Land Niedersachsen hat dem KHVVG im Bundesrat zugestimmt und steht nun in der Verantwortung, die finanzielle Umsetzung sicherzustellen. Ohne rasches Eingreifen droht eine Verschärfung der Krise – mit fatalen Folgen für Patienten, Beschäftigte und Kommunen.



7% Mehrwertsteuer erhalten

Die niedersächsische Gastronomie steht vor einer existenziellen Krise. Steigende Energie- und Lebensmittelpreise, höhere Lohnkosten und sinkende Gästezahlen setzen viele Betriebe massiv unter Druck. Die Rückkehr zur 19 % Mehrwertsteuer auf Speisen ab 2024 verschärft die Lage zusätzlich. Für einen mittelgroßen Betrieb mit einem Speisenanteil von 65 Prozent bedeutet dies einen Mehraufwand von fast 40.000 Euro. Dies führt zu ausbleibenden Investitionen, Arbeitsplatzverlusten und einer weiteren Schwächung der Innenstädte und den ländlichen Raum.

Die CDU-Fraktion hat daher einen Antrag im Niedersächsischen Landtag eingebracht, der die Landesregierung auffordert, sich im Bundesrat für die dauerhafte Beibehaltung der 7 % Mehrwertsteuer einzusetzen. Doch Rot-Grün lehnte diesen Vorschlag ab – ohne eigene Alternative.

Noch 2021 versprach Bundeskanzler Olaf Scholz, die reduzierte Mehrwertsteuer beizubehalten. Nun hält sich die Bundesregierung nicht an ihr Wort, während die Landesregierung tatenlos zusieht. Doch wir müssen jetzt handeln, um die Gastronomie in Niedersachsen und damit auch in unserer Region zu retten!



Berufsorientierung an allgemeinbildenden Schulen

Die zunehmenden Aufstiegschancen und das verstärkte Streben nach Abitur und Studium haben die „gläserne Decke“ der Bildung durchbrochen – eine positive Entwicklung. Gleichzeitig stehen Industrie und Handwerk vor großen Nachwuchsproblemen. Viele junge Menschen sind durch die Vielfalt der Ausbildungs- und Studienmöglichkeiten zunehmend herausgefordert, ihren individuellen Weg zu finden.

Wir als CDU-Fraktion setzen uns daher für eine gezielte und frühzeitige Berufsorientierung ab der 9. Klasse ein. Mit einem umfassenden Maßnahmenpaket soll eine klare und praxisnahe Unterstützung gewährleistet werden. Zentral ist dabei die Zusammenarbeit mit den Jugendlichen: Durch Potenzialanalysen sollen ihre Stärken erkannt und darauf aufbauend individuelle Berufsberatungen ermöglicht werden. So schaffen wir Orientierung und sichern gleichzeitig die Zukunft unserer mittelständisch geprägten Wirtschaft.

Antrag der CDU-Fraktion

Aus dem Ausschuss



Gewalt und Extremismus an Schulen

Gewalt und Extremismus an Schulen darf nicht dem Zufall überlassen werden! Doch in Niedersachsen fehlt seit über einem Jahr ein gültiger Erlass zur Gewaltprävention – eine gefährliche Entwicklung, die nicht nur die Sicherheit von Schülerinnen und Schülern, sondern auch die demokratischen Werte unserer Gesellschaft bedroht. Trotz mehrfacher Forderungen hat das Kultusministerium bisher keine klare Strategie vorgelegt und konnte im heutigen Ausschuss nicht einmal sagen, wann mit einem neuen Erlass zu rechnen ist. Stattdessen verweist es lediglich auf eine „übliche Praxis“ – eine unzureichende Antwort angesichts der wachsenden Herausforderungen.

Die CDU-Fraktion setzt sich seit langem für eine konsequente Erfassung und Meldung von Vorfällen wie Rechtsextremismus, Linksextremismus, Islamismus und Antisemitismus an Schulen ein. Bereits im Dezember 2023 wurde beantragt, eine verbindliche Meldepflicht einzuführen. Doch auch ein Jahr später bleibt das Ministerium untätig.

Die Lage an den Schulen erfordert entschlossenes Handeln. Statt abzuwarten, braucht es klare Maßnahmen zur Prävention und Bekämpfung von Gewalt und Extremismus. Schulen sind Orte der Bildung und der Demokratie – sie müssen geschützt werden. Die CDU-Fraktion fordert daher weiterhin einen verbindlichen Erlass und eine klare Strategie, um dieser Bedrohung wirkungsvoll entgegenzutreten.

Antrag der CDU-Fraktion

Gastbeitrag

Gastbeitrag von André Bock



- seit 2013 Mitglied des Niedersächsischen Landtags
- Innenpolitischer Sprecher der Fraktion
- Mitglied im Ausschuss für Sport und Inneres
- stellv. Mitglied im Unterausschuss für Verfassungsschutz und im Kultusausschuss
- Mitglied in den Arbeitskreisen Wissenschaft und Kultur, sowie Inneres und Sport

Als innenpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion bin ich viel in Niedersachsen unterwegs. Dabei begegnen mir viele Fragen mit Themen, die die Bürgerinnen und Bürger umtreiben.

Wir haben mit der organisierten Kriminalität in Niedersachsen ein ernstes Problem. Was will die Politik unternehmen?

Die organisierte Kriminalität ist eine ernsthafte Gefahr für unseren Rechtsstaat. Wir müssen alles tun, um das Gewinn- und Machtstreben dieser Banden, die vor allem im Rauschgifthandel, aber auch in der Wirtschafts- und Schleusungskriminalität tätig sind, zu stoppen.

Strafverfolgungsbehörden können nur erfolgreich sein, wenn sie frühzeitig wissen, was die Banden vorhaben. Umso wichtiger ist es, dass wir der Polizei und Justiz modernste Ermittlungsbefugnisse – wie die Online-Durchsuchung oder die Vorratsdatenspeicherung – an die Hand geben. Bei der Vorratsdatenspeicherung steht die noch amtierende Bundesregierung seit Jahren auf der Bremse, obwohl auch die niedersächsische Innenministerin, Frau Behrens, und die Justizministerin, Frau Wahlmann, dieses Ermittlungsinstrument als unbedingt notwendig ansehen. Die Landesregierung hat es bisher aber versäumt, hier über den Bundesrat Druck auf die Berliner Regierung auszuüben. Um die organisierte Kriminalität in Niedersachsen noch besser und frühzeitiger ins Visier nehmen zu können, muss zukünftig auch die Beobachtung durch den Verfassungsschutz möglich sein. Die CDU-Fraktion hat eine entsprechende Änderung des Verfassungsschutzes vorgeschlagen. Zusätzlich fordern wir eine Spezialkammer an einem Gericht in Niedersachsen, welche sich ausschließlich mit der Organisierten Kriminalität befasst.

Die Gewalt an Schulen nimmt zu. Nicht nur in der Schülerschaft, sondern auch gegenüber Lehrkräften. Was fordert die CDU für einen besseren Schutz?

Laut Landeskriminalamt Niedersachsen sind im Jahr 2023 insgesamt 5.053 Straftaten im Zusammenhang mit Schulen registriert worden. Die Zahl der Fälle von Körperverletzung und Raub hat im Vergleich zu den Vorjahren deutlich zugenommen. Wir wollen prüfen, wie die Zusammenarbeit zwischen den Schulen, der Polizei und der Justiz angesichts der Entwicklungen neu organisiert werden kann und muss. Insbesondere an Brennpunktschulen müssen Maßnahmen geschaffen werden, um die Sicherheit nachhaltig gewährleisten zu können. Ein erster Schritt wäre auch, dass das Land mehr Schulsozialarbeit zur Verfügung stellt. Eine wichtige präventive Maßnahme ist, Ansprechpartner in jeder Schule zu haben, gerade für auffällige Kinder. Aber auch die Eltern müssen mehr einbezogen werden. Nordrhein-Westfalen verfolgt z.B. mit dem Programm „Kurve kriegen“ den Ansatz, sofort bei der ersten Straftat eines Kindes mit Polizei und Sozialpädagogen in die Familien zu gehen und Hilfe anzubieten. Auch andere Bundesländer sind hier besser aufgestellt als Niedersachsen. Wir wollen, dass Niedersachsen besser wird.

Was können die Kommunen vor Ort für mehr Sicherheit tun, Stichwort kommunaler Ordnungsdienst oder Videoüberwachung?

Was z.B. Ordnungsdienste bzw. den Ausbau von Personal in den Ordnungsämtern der Städte und Gemeinden angeht, ist natürlich die Entscheidung der Kommune vor Ort. Gleichwohl kann ein Ordnungsdienst zum einen die gefühlte Sicherheit der Bürgerschaft verbessern, aber auch gerade die Polizei entlasten, die somit wiederum mehr Kapazitäten für den Einsatz- und Streifendienst hätte. Das Land könnte hier den Kommunen mit finanziellen Anreizen den Auf- oder Ausbau von Ordnungsdiensten erleichtern. Zur Videoüberwachung und auch Einsatz von Künstlicher Intelligenz haben wir als CDU-Fraktion Ende 2024 eine Änderung zum Polizei- und Ordnungsgesetz eingebracht. Wir wollen mehr und effektivere Videoüberwachung ermöglichen. Es geht nämlich nicht darum, dass der Staat Daten sammeln will, wir wollen das Verbrechen verhindert und Straftaten besser aufgeklärt werden können. Somit könnten auch gerade Innenstädte, sensible Plätze in Kommunen sicherer werden. Ein sicheres Niedersachsen ist machbar!

Ihr André Bock

Mehr zu André Bock

So erreichen Sie mich

Ich möchte Sie herzlich auf das Angebot des Plenarbesuches hinweisen. Falls Sie Interesse an einem Besuch während des Plenums und einem persönlichen Gespräch mit mir haben, melden Sie sich gern unter: info@anna-bauseneick.de



Anna Bauseneick MdL

Stadtkoppel 16, 21337 Lüneburg

This email was sent to {{contact.EMAIL}}
You've received this email because you've subscribed to our newsletter.

[Abbestellen](#)

